

Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V. (EWDE), Berlin

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022

Auszug mit Blick auf die Diakonie

I. Grundlagen des EWDE

I.1 Grundbestimmungen und Aufgaben

Die Grundlagen ergeben sich aus der Satzung: Der Name des Vereins lautet Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V., der Sitz ist in Berlin. Der Verein verfolgt ausschließlich gemeinnützige, mildtätige und kirchliche Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabenordnung und ist von der Körperschaftsteuer befreit.

Als Mitglieder gehören dem Verein die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), deren 20 Gliedkirchen, neun Freikirchen sowie die Vereinigung Evangelischer Freikirchen an, dazu 17 gliedkirchliche Diakonische Werke, 64 Fachverbände und die Evangelische Mission Weltweit e.V.

Das EWDE erfüllt seine Aufgaben durch seine Werke Diakonie Deutschland und Brot für die Welt. Der Verein nutzt dabei die unterschiedlichen Perspektiven und Erfahrungen dieser beiden Werke, um auf die komplexen sozialen Fragen in Deutschland und der Welt differenzierte Antworten zu geben. Der Verein führt die drei Marken Brot für die Welt, Diakonie Deutschland und Diakonie Katastrophenhilfe.

[...]

Das Werk **Diakonie Deutschland** nimmt die Aufgaben des Vereins als anerkannter Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege, Werk der Kirchen und Mitgliederverband wahr. Als anerkannter Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege ist das EWDE für die Diakonie Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW). Das Werk Diakonie Deutschland fördert die gliedkirchlichen und freikirchlichen Diakonischen Werke und Fachverbände sowie die mittelbaren Mitglieder. Es dient ihrer Zusammenarbeit und unterstützt die gemeinsame Planung von Aufgaben, die in ihrer Bedeutung über den Bereich eines gliedkirchlichen und freikirchlichen Diakonischen Werkes hinausgehen. Insbesondere unterstützt es deren Zusammenarbeit in den Arbeitsbereichen der Hilfe und Bildung für junge Menschen, für Familien, für kranke, behinderte und alte Menschen, für sozial benachteiligte Personen und Gruppen, für gefährdete Menschen und in der Ausbildung sowie der Fort- und Weiterbildung der Mitarbeitenden.

II. Wirtschaftsbericht

[...]

II.3 Branchenbezogene Entwicklung

[...]

II.3.2 Entwicklungen in der Sozialpolitik und Sozialwirtschaft

Das Jahr 2022 war auch in Deutschland von sich überlappenden Krisen geprägt. Die COVID-19-Pandemie hatte nach wie vor gravierende Auswirkungen auf die soziale Lage und die Situation der Sozialwirtschaft.

Hohe Infektionszahlen in der Gesamtbevölkerung führten zu Personalausfällen in den Gesundheits-, Pflege- und Teilhabeinstitutionen. Der Schutz von Patient:innen und Klient:innen erforderte weiterhin wirtschaftlichen Aufwand für Hygienekonzepte und Schutzmaterialien, der nach dem Auslaufen finanzieller Schutzschirme nicht mehr ausreichend kompensiert wurde. Das Sozialdienstleister-Einsatz-Gesetzes (SodEG) lief aus, ohne dass die Erfahrungen mit dieser Form des Krisenmanagements genutzt wurden, um ein nachhaltiges Instrument zur Stärkung der Resilienz der sozialen Infrastruktur in Krisenzeiten zu etablieren.

Die Folgen der COVID-19-Pandemie waren noch nicht überwunden, da wurde Europa durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine erschüttert. Seit Februar 2022 fand die größte Fluchtbewegung in Europa seit dem 2. Weltkrieg statt. Das eindrucksvoll schnelle und pragmatische Handeln von Staat und Zivilgesellschaft ermöglichte die humanitäre Aufnahme von fast 8 Millionen Geflüchteter innerhalb weniger Wochen in der EU. Die freie Wahl des Zufluchtslandes und auch des Wohnorts in Deutschland und vor allem die private Unterbringung hat eine Überlastung der Erstaufnahmesysteme verhindert. Nach der größtenteils restriktiven deutschen und europäischen Flüchtlingspolitik der letzten Jahre sind in den Vereinfachungen, die für ukrainische Schutzsuchende geschaffen wurden, grundsätzlich eine positive Entwicklung erkennbar. Der staatlich-zivilgesellschaftliche Schulterschluss in Bund, Land und auf kommunaler Ebene hat die Aufnahme von aus der Ukraine Geflüchteten erfolgreich ermöglicht. Die drei größten Herausforderungen bei der Bewältigung der Flüchtlingsaufnahme bleiben der Übergang in privaten, bezahlbaren Wohnraum, die überlasteten Behörden und die Beschulung/Betreuung von Kindern.

Der Krieg in Europa hatte dramatisch steigende Energiekosten und eine inflationäre Preisentwicklung bei vielen Gütern zur Folge, die einkommensarme Menschen besonders hart trafen und auch diejenigen zu überfordern drohte, die bisher über ausreichende finanzielle Mittel verfügten. Die soziale Ungleichheit in Deutschland nahm zu. In den diakonischen Diensten und Einrichtungen schlugen die Preissteigerungen durch und verursachten vielfach eine Kostenexplosion, die in gemeinnützigen Einrichtungen nicht aufgefangen werden kann. Die Bundesregierung hat auf der Basis der Vorschläge der Unabhängigen Kommission Gas und Wärme eine Reihe von Gesetzen und Förderprogrammen auf den Weg gebracht, die einerseits die Strom- und Gaskunden entlasteten und andererseits Anreize zum Energiesparen setzten. Es ist besonders hervorzuheben, dass die Absicherung der sozialen Infrastruktur – anders als zu Beginn der COVID-19-Pandemie – von vornherein mitgedacht und Unterstützungsmaßnahmen für die Leistungsbereiche, die über Sozialversicherungen auf Bundesebene refinanziert sind, entwickelt wurden.

Als weitere Krise spitzte sich der Klimawandel zu, wurden die Folgen auch in Mitteleuropa spürbar und wuchs der Druck, endlich weitreichende Maßnahmen der sozial-ökologischen Transformation umzusetzen. Das Gesundheits- und Sozialwesen braucht förderliche Rahmenbedingungen und gesetzliche Grundlagen, um sein Klimaschutzpotenzial auszuschöpfen. Ein Hemmnis bleibt die einseitige Ausrichtung des Sozialrechts auf Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit, während das Kriterium der Nachhaltigkeit fehlt.

Die Krisen verschärfen soziale und sozialwirtschaftliche Probleme, die ohnehin dringend bearbeitet werden müssen. Dazu gehören die zunehmende Armut, auch und gerade von Kindern, die Mietenexplosion insbesondere in Ballungsräumen und der Mangel an bezahlbarem Wohnraum, die Misere der Bildungs- und Betreuungsangebote und der Ausbau der Pflege einer älter werdenden Gesellschaft.

Zunehmend als Hemmschuh für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland erweist sich der Fach- und Arbeitskräftemangel. Die Sozial- und Gesundheitsberufe sind besonders stark betroffen. Es besteht dringender politischer Handlungsbedarf, um das Fachkräftepotential im Inland zu heben und die Erwerbsbeteiligung weiterer Bevölkerungsgruppen zu erhöhen. Die Aus-, Fort- und Weiterbildung muss gestärkt und an die Bedarfe einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft angepasst werden. Die Fachkräfteeinwanderung – migrations- und entwicklungspolitisch gut reflektiert und austariert – muss attraktiver werden und die Einwanderungspolitik braucht einen Modernisierungsschub.

II.4 Geschäftsverlauf

II.4.1 Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung

II. 4.1.1 Gesamtüberblick

Externe Aspekte

Die Corona Krise erreichte zum Ende des Jahres 2021 einen weiteren Höhepunkt in ihren Auswirkungen, die sich bis in das erste Quartal des Jahres 2022 erstreckte. Die Coronasituation hatte sich so weit verschärft, dass gemäß dem geltenden Infektionsschutzgesetz die Arbeitsstätte nur dann betreten werden durfte, wer genesen, geimpft oder negativ getestet war (sog. 3-G-Regelung). Der Arbeitgeber hatte die Einhaltung der 3-G-Regelung sicherzustellen. Dies stellte für die Mitarbeitenden und für die gesamte Arbeitssituation des EWDE eine extreme Belastung dar. Ab April 2022 entspannte sich die Situation langsam, so dass zur zweiten Jahreshälfte die strengen Corona Maßnahmen vom Gesetzgeber deutlich gelockert wurden. Im Zuge dessen normalisierte sich die Arbeitssituation und der Büroalltag im EWDE konnte weitestgehend unter Beachtung verschiedener Arbeitsschutzmaßnahmen wieder verstärkt aufgenommen werden. Es wurde so im Jahr 2022 aus der Corona Krise heraus eine Arbeitskultur entwickelt, die die digitalen Arbeitsmöglichkeiten und die sich daraus ergebende Flexibilität bei der Vereinbarung von Beruf und Familie nutzt. Diese besteht im EWDE bis über den Berichtszeitraum hinaus fort.

Zu dieser anhaltenden Gesundheitskrise kam seit Februar 2022 der Angriffskrieg der russischen Föderation gegen die Ukraine hinzu. Die Rückkehr des Krieges und die Verletzung einer territorialen Integrität mitten in Europa mit all den damit verbundenen Folgen stellt eine Herausforderung eigener Art dar, die in dieser Form außerhalb der Vorstellungskraft lag. Die Marken des EWDE haben mit Beginn des Ukraine-Krieges Sofortmaßnahmen zur Hilfe eingeleitet und Projekte zur Abmilderung der Kriegsfolgen aufgesetzt.

Interne Aspekte

Inmitten dieser Krisen fiel das 10-jährige Bestehen des EWDE. Am 14.06.2012 war der Verschmelzungsvertrag zwischen dem damaligen Diakonischen Werk der EKD (DW.EKD) und dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) unterschrieben und durch die Gremien bestätigt worden.

Im Rahmen der Verschmelzung im Jahr 2012 war auch die Satzung des EWDE verabschiedet worden. Aus § 30 „Übergangsbestimmungen“ der Satzung des EWDE ergibt sich, dass bis zum Ablauf des Jahres 2024 die Satzung erneut zu überprüfen und mit einem Entscheidungsvorschlag der Konferenz Diakonie und Entwicklung vorzulegen ist. Der **Prozess der Satzungsrevision** wurde im Jahr 2022 aufgesetzt. Der letzte große Evaluationsprozess der Satzung fand im Jahr 2017 statt, seither gab es vereinzelte Anpassungen in den Jahren 2018, 2019, 2021 und 2022. Mit den verschiedenen Satzungsanpassungen hat das EWDE seine Grundlagen jeweils an notwendige Gegebenheiten angepasst, wie z. B. bei der Änderung im Jahr 2021, die die Durchführung von Videokonferenzen und schriftlichen Beschlüssen nun mehr zulässt. Im jetzigen ausführlichen Satzungsprozess werden die Gremien und Ausschüsse des EWDE in derart einbezogen, dass die jeweils spezifische Sichtweise des Gremiums auf die Satzung in den Fokus genommen wird. Der Prozess der Satzungsänderung wird von einer eingesetzten Arbeitsgruppe begleitet, die die Arbeitsergebnisse dann zusammenführt.

Zur Steuerung der vielfältigen Geschäftsprozesse im Bereich Finanzbuchhaltung und Controlling wurde im Berichtsjahr im EWDE die **Neuimplementierung im SAP Standard** eingeleitet, da die Wartung des bisher genutzten Systems vom Hersteller (voraussichtlich zum Jahr 2027) eingestellt wird. Es wird daher das System SAP S/4 im EWDE eingeführt, um zum einen die Steuerung der Geschäftsprozesse im EWDE sicherzustellen und zum anderen das System weiterzuentwickeln. Gebaut werden soll ein neues System unter konsequenter Nutzung von SAP Standardobjekten und Standardprozessen zur Abbildung der finanziellen Geschäftsprozesse der Marken und des EWDE.

II.4.1.2 Vorkommnisse von besonderer Bedeutung

[...]

II.4.1.3 Personal

Im Laufe des Jahres 2022 stieg die Zahl der Mitarbeitenden des EWDE – ohne Mitarbeitende in der Freizeitphase der Altersteilzeit – geringfügig von 812 auf 818, davon arbeiten circa 41 Prozent in Teilzeit. Der Anteil der Mitarbeiterinnen blieb mit ca. 72 Prozent im Jahr 2022 nahezu unverändert.

Im Berichtsjahr betrug die Fluktuationsrate 8,7 Prozent (71 Mitarbeitende).

Die Personalabteilung führte in dem Jahr insgesamt 199 Ausschreibungsverfahren durch.

Die Vergütung für die vier Vorstandsmitglieder in Höhe von insgesamt 788.133,30 Euro verteilt sich [anteilig] wie folgt auf die einzelnen Vorstände:

Vorstand	Bezüge	Euro
Ulrich Lilie, Präsident, stellv. Vorstandsvorsitzender	AN Brutto (Gesamtbrutto)	154.581,37
	Versorgungumlage und Beihilfe	105.454,56
	Summe	260.035,93
Maria Loheide, Vorständin Sozialpolitik	AN Brutto (Gesamtbrutto)	129.826,41
	EZVK-Versicherung und Beihilfen	8.828,21
	Summe	138.654,62
Dr. Jörg Kruttschnitt, Vorstand Finanzen, Personal und Recht	AN Brutto (Gesamtbrutto)	139.407,33
	EZVK-Versicherung, berufsständi- sche Versorgung und Beihilfen	9.479,63
	Summe	148.886,96

[...]

II.4.3 Diakonie Deutschland

Die Arbeit der Diakonie Deutschland war im Jahr 2022 stark geprägt von dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Die sehr dynamische und von großer Unsicherheit geprägte Fluchtbewegung stellte die Migrationsarbeit in Deutschland vor große Herausforderungen. Psychisch stark belastete und teils darüber hinaus traumatisierte Flüchtlinge können in Psychosozialen Zentren (PSZ) ein multimodales Angebot aus Beratung und Therapie in Anspruch nehmen, insofern sie durch das Regelsystem keine Unterstützung erfahren können. Mehr als ein Drittel der PSZ befinden sich in diakonischer Trägerschaft.

Die Preissteigerungen bei Gütern des täglichen Bedarfs und Energie haben einkommensarme Menschen hart betroffen. Auch in den diakonischen Diensten und Einrichtungen haben die Preissteigerungen eine Kostenexplosion verursacht.

Unter der Federführung der Diakonie Deutschland hat sich die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) sehr intensiv für die politische Gestaltung der notwendigen Entlastungs- und Hilfsmaßnahmen sowohl für Bürger:innen als auch für die soziale Infrastruktur engagiert. Hervorzuheben sind Stellungnahmen zum Gesetz über eine Soforthilfe für Letztverbraucher von leitungsgebundenem Erdgas und Kunden von Wärme (EWVG) im November 2022 sowie zu den im Dezember verabschiedeten Gesetzen zur Einführung einer Gas- und Strompreisbremse.

Die Aktion #Wärmewinter hat gezeigt, wie Kirche und Diakonie vor Ort zu einem aktuellen Thema zusammenarbeiten können. Menschen wurde in zahlreichen Projekten der Weg zu professioneller Beratung und praktischer Hilfe geöffnet.

Mit dem seit Mai 2022 laufenden Projekt „Bezahlbar wohnen im diversen Sozialraum“ stellt sich die Diakonie Deutschland im Bereich der sozialen Wohnungspolitik stärker auf. In seiner Ausrichtung konzentriert sich das Projekt auf die Frage, wie durch unterschiedlichste wohnungspolitische Maßnahmen bezahlbarer Wohnraum im Bestand und durch Neubau geschaffen werden kann.

Das neue Beratungsportal der Diakonie Deutschland ist online gegangen und wird seit Anfang Juli 2022 von den Landesverbänden bei ihren Trägern beworben. Inzwischen konnten mit den Trägern rund 110 Verträge geschlossen werden, mit denen eine weitaus größere Zahl von Beratungsstellen erfasst wurde.

Die Nachhaltigkeitsziele der Diakonie Deutschland beinhalten die Refinanzierung nachhaltiger sozialer Arbeit und nachhaltiger Sozialimmobilien. Zusammen mit Fachverbänden, Vertretern der Wissenschaft und von Kirchenbanken hat die Diakonie Deutschland Ansätze zur Refinanzierung nachhaltiger Arbeit in der Sozialwirtschaft sowie zur Finanzierung energetischer Sanierungen von Sozialimmobilien beschrieben und in den Diskurs eingebracht. Ferner hat sie sich zusammen mit der BAGFW gegenüber der Politik im Rahmen der Verabschiedung des Online-Zugangsgesetzes für eine sozial verträgliche Umsetzung der Digitalisierung im Bereich der Sozialverwaltung eingesetzt.

Zur Erläuterung der weiteren inhaltlichen Arbeit und Projektarbeit der Marke Diakonie Deutschland wird auf den Jahresbericht 2022 verwiesen.

II. 4.3.1 Finanzen

Die Finanzierung des Werkes Diakonie Deutschland wird überwiegend durch Bundesmittel, kirchliche Mittel, Kollekten und Mittel aus den Soziallotterien sichergestellt.

Bundesmittel

Dem Werk Diakonie Deutschland stehen Mittel aus dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) zur Verfügung. Diese Zuschusssumme beläuft sich für das Jahr 2022 auf 4,5 Mio. Euro (Vorjahr 4,5 Mio. Euro).

Kirchliche Mittel

Die Diakonie Deutschland erhielt einen Zuschuss bei den EKD-Mitteln in Höhe 7,6 Mio. Euro für die institutionelle Förderung im Jahr 2022 (Vorjahr 7,4 Mio. Euro). Die Arbeitsstelle für missionarische Kirchenentwicklung und diakonische Profilbildung (midi) erhielt einen Zuschuss für die institutionelle Förderung in Höhe von 430.000 Euro im Jahr 2022.

Soziallotterien

Im Jahr 2022 wurden insgesamt über Zuwendungen aus den Soziallotterien der „Aktion Mensch“ (ZDF), der Deutschen Fernsehlotterie (Stiftung Deutsches Hilfswerk) und der „GlücksSpirale“ 1.633 Vorhaben in der Diakonie mit einer Zuschusssumme von insgesamt 45.136.057,65 Euro gefördert.

In der Sonderförderung Ukrainekrieg, für die 20 Mio. Euro bereitgestellt wurden, konnten sich 74 Vorhaben diakonischer Träger und Einrichtungen erfolgreich platzieren. Mit einem Gesamtfördervolumen von 4.493.920,38 Euro betrug der Anteil der Diakonie an der Sonderförderung 22,47 %.

Wohlfahrtsmarken

Im Jahr 2022 betrug der Umsatz der Wohlfahrtsmarken 4,45 Mio. Euro. Der Umsatz konnte gegenüber dem Vorjahr gehalten werden. Es wurden 17 Projekte in Höhe von 55.830 Euro gefördert.

II. 4.3.2 Strategieprozess

Im Jahr 2022 stand die Umsetzung der drei strategischen Ziele 2021+ der Diakonie Deutschland

- soziale und ökologische Transformation vorantreiben,
- profilierte Lobbyarbeit befördern,
- Verbandsarbeit beteiligungsorientiert, innovativ und zukunftsfähig aufstellen

im Fokus der Strategiearbeit. Dies erfolgte im Rahmen einer (jährlich neu aufzulegenden) strategischen Umsetzungsplanung. Für das Jahr 2022 wurden insgesamt 28 Vorhaben vereinbart, die alle strategischen Ziele und Teilziele abdecken und deren Fortschritt vierteljährlich überprüft wird. Zudem wurde im Sommer die Strategie mit den aus den multiplen Krisen (Ukraine-Krieg, hohe Energiepreise, Inflation, anhaltende Corona-Pandemie) resultierenden Herausforderungen abgeglichen.

Unter dem Motto „Austausch, Impulse und Vernetzung“ hatte die Diakonie Deutschland im November 2022 erstmals die bei den diakonischen Verbänden und Unternehmen Verantwortlichen für Strategie- und Organisationsentwicklung zu einem Fachtag eingeladen. Es gab verschiedene Workshopangebote und die Vorstellung von Good-Practice-Beispielen aus dem jeweiligen Arbeitskontext. Zum Ende des Fachtages wurde festgehalten, dass die digitale Vernetzung fortzuführen ist.

II. 4.3.3 Rechtliche Rahmenbedingungen

Soziale Innovationen

Bei einer Konsultation zur Vorbereitung einer Nationalen Strategie für Sozialunternehmen und Soziale Innovationen hat die Diakonie Deutschland die Belange gemeinnütziger diakonischer Unternehmen eingebracht.

Inklusiver Wohnraum:

Gemeinsam mit anderen Interessenverbänden (WOHN:SINN e.V., BeB, u.a.) hat die Diakonie Deutschland im September 2022 Politische Handlungsempfehlungen für Inklusives Wohnen herausgegeben und dem Bundesministerium für Bauen (BMWSB) übergeben.

Auswirkungen der Kostensteigerungen auf die Einrichtungen und Dienste der Diakonie

In der verbandsinternen Arbeitsgruppe Kostensteigerungen wurden Ende des Jahres Modellrechnungen bei ausgewählten Einrichtungen und Diensten der verschiedenen sozialen Arbeitsfelder durchgeführt. Dies geschah mit dem Ziel, den aktuellen Stand der relativen Höhe der Preissteigerungsauswirkungen (in verschiedenen Sachkostenpositionen wie Energie, Lebensmittel, Treibstoffe und Fremdleistungen) zu erfassen. An der Erhebung haben sich fast 100 Einrichtungen und Dienste beteiligt.

Die Ergebnisse der Erhebung sowie die Bedeutung und Anwendungsfragen der politischen Instrumente zur Bewältigung v.a. der Energiekrise wie Soforthilfe, Gaspreisbremse, Strompreisbremse, Hilfsfonds und weitere werden fortlaufend in unterschiedlichen Kreisen und Gremien präsentiert und diskutiert. Über die Lobbyarbeit der BAGFW sind die Belange der sozialen Infrastruktur in die politischen Prozesse eingebracht worden.

Umsetzung der Änderungen am Nachweisgesetz

Am 23.06.2022 hat der Bundestag wesentliche Änderungen im Nachweisgesetz beschlossen, welche zum 01.08.2022 in Kraft treten. Die neuen Regelungen führen dazu, dass Arbeitgeber seine Mitarbeitenden über deutlich mehr wesentliche Bedingungen des Arbeitsverhältnisses schriftlich informieren müssen als bisher, entsprechende Fristen drastisch verkürzt wurden und ein Verstoß gegen die Nachweispflicht künftig als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden kann. Arbeitgeber sind nun gefordert, in kurzer Zeit Musterarbeitsverträge zu überarbeiten und neue Musterschreiben zu entwickeln. Die neuen Regelungen sind an einigen Stellen unbestimmt und werfen Fragen auf. Die Diakonie Deutschland hat zu den Änderungen des Nachweisgesetzes eine Handreichung erstellt.

Gemeinnützigkeits-, Gesellschafts- und Vereinsrecht

Die Regierungsparteien streben auch in der neuen Legislaturperiode Verbesserungen im Gemeinnützigkeitsrecht an. Der BAGFW-Fachausschuss „Gemeinnützigkeit und Steuern“ hat sich damit befasst und die rechtspolitische Forderungsliste der BAGFW überarbeitet.

Das europäische Parlament hat Vorschläge für Mindeststandards für europäische NPO sowie zur Schaffung einer neuen Rechtsform, des grenzüberschreitend tätigen „Europäischen Vereins“ vorgelegt. Diese beinhalten auch Vorschläge für Mindeststandards der Gemeinnützigkeit auf europäischer Ebene. Die zu erwartenden Folgen, insbesondere der Mindeststandards im Gemeinnützigkeitsrecht für die Wettbewerbssituation der Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege geben Anlass zu Bedenken. Der BAGFW Fachausschuss „Gemeinnützigkeit und Steuern“ und der BAGFW-Europaausschuss haben eine Stellungnahme für die Freie Wohlfahrtspflege zu den Vorschlägen des Parlaments erarbeitet.

Arbeitsrechtliche Kommission der Diakonie Deutschland (ARK.DD)

Die Arbeitsrechtliche Kommission der Diakonie Deutschland hat sich am 6. Oktober 2022 neu konstituiert. Die ARK.DD hat in der Folge am 29.08.2022 einen umfassenden Beschluss zur Entgelterhöhung u.a. gefasst. Beschlossen wurde eine lineare Entgelterhöhung von 5,2 Prozent und ein Mindesterhöhungsbeitrag von 175 Euro. Die Vergütungen für Auszubildende und Praktikanten steigen zwischen 100 und 120 Euro pro Monat. Fachkräfte in der Pflege und im stationären Wohnbereich der Eingliederungshilfe erhalten ab Januar 2023 eine zusätzliche Fachkraftzulage in Höhe von 100 Euro im Monat. Auch wurde eine nach Entgeltgruppen gestaffelte Corona-Prämie beschlossen. Für Ärztinnen und Ärzte wurden gesonderte Regelungen beschlossen. Des Weiteren wurde die Möglichkeit eröffnet, dass Einrichtungen eine Dienstvereinbarung zum Job-Rad (Entgeltumwandlung) abschließen dürfen.

III. Lage des EWDE

III.1.1 Vermögenslage

[...]

III.1.2 Finanz- und Liquiditätslage

[...]

Aufgrund der stabilen Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation des Werks sind Liquiditätsrisiken derzeit nicht erkennbar. Die Liquiditätslage ist im abgelaufenen Geschäftsjahr zufriedenstellend und die Zahlungsfähigkeit konnte jederzeit gewährleistet werden.

III.1.3 Ertragslage

[...]

Insgesamt schließt das Geschäftsjahr 2022 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 0,05 Mio. Euro ab. Das Jahresergebnis entfällt unter Berücksichtigung interner Sachverhalte auf BfdW, DKH und Diakonie wie folgt:

	BfdW			DKH			Diakonie	
	Mio. Euro			Mio. Euro			Mio. Euro	
	2022	2021		2022	2021		2022	2021
[...]								
Jahresergebnis	1,4	3,4		0,0	0,0		-1,4	0,7

V. Prognosebericht

V.1 Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung

[...]

V.3 Diakonie Deutschland

Der Ukraine-Krieg und die Auswirkungen werden die Diakonie Deutschland auch weiter stark in ihrer Arbeit beeinflussen.

Bei der Unterbringung, Versorgung, Pflege von den überwiegend geflüchteten Frauen, Kindern und Pflegebedürftigen ist die Diakonie weiter gefordert und unterstützt mit Hilfe des großen Einsatzes von Ehrenamtlichen zahlreiche Angebote.

Die kriegsbedingte hohe Inflationsrate führt immer mehr Menschen in finanzielle Notlagen und zu einem entsprechend stark erhöhten Bedarf bei Beratungsstellen, insbesondere den Schuldnerberatungsstellen. Die Diakonie bemüht sich um einen gesetzlichen Rechtsanspruch auf Schuldnerberatung für alle und eine nachhaltige Finanzierung von sozialer Schuldnerberatung. Darüber hinaus setzt sich die Diakonie für Einführung einer echten Wohngemeinnützigkeit ein, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Fehlendes Pflegepersonal stellt auch die Pflegeeinrichtungen vor immer größer werdende Herausforderungen. Um das Pflegesystem abzusichern, bedarf es gemeinsamer, gesellschaftlicher und politischer Anstrengungen. Insbesondere die Langzeitpflege ist gefährdet. Erforderlich ist eine grundlegenden Struktur- und Finanzreform der Pflege.

Klimaschutz bleibt ein wichtiges Thema, kann aber im Gesundheits- und Sozialwesen nur umgesetzt werden, wenn ein Umdenken bei der Refinanzierung erfolgt. Nachhaltigkeit muss in den Sozialgesetzbüchern verankert werden, damit die dringend notwendigen Investitionen unserer Träger und Einrichtungen in den Klimaschutz von den Kostenträgern refinanziert werden.

VI.1 Risikobericht

VI.1.1 Instrumente zur Risikoanalyse

Die Risikopolitik im EWDE entspricht dem Bestreben, sich nachhaltig zu entwickeln und relevante Risiken zu identifizieren, diesen entgegenzusteuern beziehungsweise diese zu vermeiden. Andererseits versteht der Vorstand des EWDE Risiken nicht nur einseitig als Gefährdung, sondern auch als Chance zur Verbesserung der Organisation. Das interne Kontrollsystem des EWDE stellt sicher, dass Risikofaktoren, die sich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken können, rechtzeitig erkannt werden.

Stabsstelle Compliance und Risikomanagement

Die Stabsstelle Compliance und Risikomanagement im EWDE soll die rechtssichere Handhabung und Umsetzung der Regeln im EWDE und darüber hinaus sicherstellen. Die Stabsstelle erstellt u. a. den jährlichen Risikobericht, der dem Finanzausschuss des Aufsichtsrates vorgelegt wird.

Risikobericht

Das EWDE-Risikomanagement hat die Aufgabe, Risiken systematisch

- zu identifizieren,
- zu analysieren und zu bewerten,
- zu steuern und zu überwachen.

Das EWDE-Risikomanagement ist als Regelkreislauf eingerichtet. So kann eine kontinuierliche Verbesserung stattfinden. Hierzu wird regelmäßig Feedback von den Empfangenden, insbesondere dem EWDE-Vorstand und dem Finanzausschuss, eingeholt.

[...]

VI.1.2.4 Risiken Diakonie Deutschland

Wirtschaftliche Schwierigkeiten bei diakonischen Einrichtungen

Einzelne Diakonische Dienste und Einrichtungen sind von den Folgen des Ukraine-Krieges massiv betroffen. Die Preissteigerungen bei Gütern des täglichen Bedarfs und Energie verursachen vielfach eine Kostenexplosion, die in den gemeinnützigen Einrichtungen nicht aufgefangen werden können und sich also existenzbedrohend darstellen.

Gesellschaftliche Zusammengehörigkeit Ein zu beobachtendes Risiko ist, dass ein sich veränderndes politisches Umfeld auch die – in unserer Gesellschaft traditionell sehr positive – Wahrnehmung der Freien Wohlfahrt und damit auch der Diakonie verschlechtert. An vielen Stellen werden Diskussionen stärker polarisiert und Kräfte, die sich um den Ausgleich und Zusammengehörigkeit bemühen, werden weniger gehört. Dagegen arbeitet die „Unerhört!“-Kampagne der Diakonie Deutschland. Auch für Fragen des Gemeinnützigkeitsrechtes

kann eine derartige Verschiebung der Perspektive ein Risiko darstellen, zumal es gerade bei seiner Reform wichtig wäre, den gemeinnützigen Bereich weiter zu stärken.

Nachhaltigkeit und Planungssicherheit der finanziellen Grundlagen

Damit gehen auch Fragen von Nachhaltigkeit und Planungssicherheit der finanziellen Grundlagen der Diakonie Deutschland einher, die sich im Bereich Soziallotterien, der mittelfristigen Finanzplanung der öffentlichen Haushalte und der Auswirkungen einer gesamtwirtschaftlichen Rezession auf die Sozialtitel der öffentlichen Haushalte stellen.

VII. Chancenbericht

Es werden für das EWDE und die beiden Werke nachstehende besonders zentrale Ansatzpunkte für die weitere Chancenentwicklung genannt.

[...]

VII.4 Chancen Diakonie Deutschland

Drittmittelstrategie

Im Kontext der mittelfristigen Strategie der Diakonie Deutschland und der Finanzstrategie des EWDE gewinnen drittmittelfinanzierte Projekte und deren Akquise in der Diakonie Deutschland an Bedeutung. Sie sind ein wichtiger Baustein, die Diakonie zukunftsfähiger aufzustellen und die strategischen Handlungsmöglichkeiten des Bundesverbandes zu erweitern.

Digitalisierung und Zusammenarbeit

Der digitale Vorschub der ursächlich mit durch die Corona-Krise ausgelöst wurde, hat die Zusammenarbeit und Kommunikation innerhalb des Bundesverbandes gestärkt und verstetigt. Regelmäßige Austausche per Videomeeting haben sich etabliert und bewährt.

VIII. Gesamtaussage

Das Jahr 2022 war geprägt von vielen Krisen, deren Auswirkungen teilweise direkt in Deutschland spürbar waren, wie durch die Corona-Pandemie und den andauernden Krieg in der Ukraine.

Die Rückkehr des Krieges nach Europa war und ist für viele Menschen ein Schock und stellt eine enorme Belastung dar. Auch wenn im Berichtsjahr ein deutlicher Fokus auf der Hilfeleistung für die Ukraine durch humanitäre Hilfe und aufgesetzte Projekte der Marken des EWDE lag, sind die vielen anderen weltweiten Krisenherde und die diakonisch soziale Arbeit nicht weniger von Bedeutung und bedürfen der Unterstützung.

Die Marken Brot für die Welt, Diakonie Katastrophenhilfe und Diakonie Deutschland sind dieser Verpflichtung sorgsam und routiniert nachgekommen. Das EWDE konnte dadurch seinen satzungsgemäßen Auftrag im Berichtsjahr voll erfüllen. Zudem hat das EWDE auch im Jahr 2022 gezeigt, dass es in der Lage ist, flexibel auf unterschiedliche Arten von Krisen und besonderen Anforderungen zu reagieren.

Das EWDE ist mittlerweile so aufgestellt, dass es technische Innovationen und digitale Fortschritte schnell aufnehmen und umsetzen kann. So hat das EWDE im Jahr 2022 verschiedene Digitalpiloten aufgesetzt und den Neuimplementierungsprozess zur Standardisierung seiner Geschäftsprozesse eingeleitet. Nur so wird das EWDE sich zukunftssicher aufstellen und weiter in seinen Aufgabengebieten partizipieren können, da die Arbeitsfähigkeit des EWDE daran geknüpft ist.

Gleichfalls hat das Jahr 2022 gezeigt, dass das EWDE sehr stark äußeren Einflüsse unterliegt, die die bislang stabile finanzielle Lage des EWDE beeinträchtigen können, wie inflationäre Preisentwicklung, steigende Energiekosten etc. Dieser Trend setzt sich auch im aktuell laufenden Jahr 2023 mit Blick auf die hohen Tarifsteigerungen fort.

Daher wird der beständige Konsolidierungs- und Modernisierungskurs im EWDE weiter fortgesetzt. In der weiteren Perspektive wird das EWDE seine Konsolidierungsbemühungen weiter intensivieren und dabei die strategische wie operative Ausrichtung der Arbeitsorganisation innerhalb des EWDE prüfen und bei Bedarf neu ausrichten, um die finanziellen Ressourcen des EWDE künftig noch gezielter und effizienter einsetzen zu können.

Berlin, 28.07.2023

Dr. Dagmar Pruin

Präsidentin Brot für die Welt
Vorstandsvorsitzende

Ulrich Lilie

Präsident Diakonie Deutschland
Stellvertretender Vorstandsvorsitzender

Dr. Jörg Kruttschnitt

Vorstand Finanzen, Personal und Recht

Maria Loheide

Vorstand Sozialpolitik